Im Browser öffnen

März 2023

# ZUTAGE GEFÖRDERT

**Liebe Bürgerinnen und Bürger,**
**liebe Freundinnen und Freunde,**

endlich wird es Frühling! Ostern steht für uns Christen für die Auferstehung Jesu und den Sieg des Lebens. Ein wunderbarer Anlass sich dessen bewusst zu werden, was unser Leben bereichert! Familie und Freunde stehen für mich an erster Stelle. Im Zentrum meiner Gedanken sind dieses Jahr aber auch die vielen Menschen, Familien und vor allem Kinder, die durch den Angriffskrieg Russlands auseinandergerissen werden und geliebte Menschen verlieren.

Aber auch hierzulande bleiben wir nicht verschont von den Auswirkungen des Krieges vor unserer Haustür, der bereits über ein Jahr andauert und Land und Menschen rücksichtslos zerstört. Unsere Energie- und Lebensmittelpreise steigen weiter an. Es trifft vor allem diejenigen hart, die es vorher schon schwer hatten. Eine Ungerechtigkeit, die unsere Bundesregierung vor eine scheinbar unlösbare Aufgabe stellt.

Und auch die Klimakrise hält uns auf Trab, denn sie ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Vor allem deshalb, weil wir hier weniger die Methode mit dem Vorschlaghammer, als gut

durchdachte und zukunftsträchtige Lösungen benötigen, die soziale Fragen nicht außen vor lassen, sondern in den Mittelpunkt der Debatte rücken. Ein ideologischer Kampf gegen Industrie und Fortschritt, der Deutschland und Europa als Industriestandorte bedroht, wird uns hier nicht weiterhelfen, höchstens schwächen. Wir müssen auf der Hut sein, dass Lösungen und Kosten des Klimaschutzes nicht auf dem Rücken derer ausgetragen werden, die finanziell schwächer dastehen.

Über diese und andere Themen berichte ich in der Osterausgabe meines Newsletters. Trotz allem wünsche ich Ihnen ein frohes Osterfest und viel Freude bei der Lektüre!

Bleiben Sie aus erster Hand informiert und folgen Sie mir auch auf meinen Social-Media-Kanälen oder besuchen Sie meine Website (Facebook: @DennisRadtkeMdEP, Instagram: @dennisradtkemdep, Twitter: @radtkemdep, Website: www.dennis-radtke.eu).

**Herzliche Grüße und Glückauf,**

**Ihr**

**Dennis Radtke, MdEP**

Die Lage bleibt weiter angespannt. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine dauert nunmehr ein Jahr an und keiner mag voraussagen, wann dieser endlich beendet ist. Die Folgen, steigende Energie- und Lebensmittelpreise und abbrechende Lieferketten, belasten Bürger, Haushalte und Unternehmen auch bei uns im Ruhrgebiet nach wie vor schwer. Besonders Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen sind davon betroffen. Bei zahlreichen Unternehmensbesuchen und Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern im Revier wird mir dies immer wieder rückgemeldet. Die Entlastungspakete der Bundesregierung kommen nicht da an, wo sie am dringendsten gebraucht werden, und sind planlos, teils ohne Sinn und Verstand. Bis die Bundesregierung tätig wird, zieht jedes Mal viel Zeit ins Land. „Mein Ziel ist ein Industriestrompreis von vier Cent.“, hat Bundeskanzler Olaf Scholz zum Beispiel im Juni 2022 vollmundig angekündigt. Ein Konzept liegt bis heute noch nicht vor, zum Leidwesen unserer Industrieunternehmen und der Beschäftigten.

Am 9. Mai 2023 startet die Europäische Kommission das „European Year of Skills“. Damit gehen wir als Europäische Union in die arbeitsmarktpolitische Offensive. Denn der Fachkräftemangel macht Europa zu schaffen und der Ausblick ist düster: Allein in Deutschland soll die Zahl der Erwerbstätigen bis 2035 um weitere drei Millionen zurückgehen. Das ist desaströs für den sozialen Zusammenhalt im Land. Konkret sollen die Investitionen in die Weiterbildung massiv gesteigert werden, eine leichtere und schnellere Anerkennung von ausländischen Qualifikationen ermöglicht werden und die Vermittlung arbeitsmarktrelevanter Qualifikationen, gemeinsam mit den Sozialpartnern verbessert werden. Bei einem Austausch mit der Rektorin der Fernuniversität Hagen, Prof. Dr. Ada Pellert, tauschte ich mich darüber aus, welche Rolle die Fernuniversitäten bei der Gewinnung neuer Fachkräfte einnehmen können. Mir ist es ein wichtiges Anliegen, dass das „Europäische Jahr der Kompetenzen“ auch bei uns im Ruhrgebiet neue arbeitsmarktpolitische Impulse setzt. Gerade mitten im Strukturwandel und der Transformation der Industrie bei uns im Ruhrgebiet sind Qualifikation und Umschulung von Beschäftigten wichtige Bausteine für den Erfolg.

Bild: CDU Deutschland

Wie gestalten wir die Zukunft der Arbeit? Wie bewahren wir den Industriestandort Deutschland? Wie sichern wir Wohlstand und Arbeitsplätze in einer alternden Gesellschaft? Dies sind Fragen, die uns auch bei der Arbeit an einem neuen CDU-Grundsatzprogramm bewegen. Bei der Betriebsrätekonferenz von CDA und CDU diskutierte ich darüber Anfang Januar 2023 unter anderem mit der DGB-Vorsitzenden Yasmin Fahimi. Mit dabei war auch unser CDU-Bundesvorsitzender Friedrich Merz. Über 300 Betriebsräte nahmen an der Konferenz in Berlin teil. Die Diskussionen um das CDU-Grundsatzprogramm wurden am 10. März 2023 bei der Regionalkonferenz in Münster weitergeführt.

Anfang März 2023 fand der XIII. Kongress der Europäischen Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA) in Rom statt. Hier wurde ich zum neuen Präsidenten in der Nachfolge von Elmar Brok gewählt. Die Europäische Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer ist die Arbeitnehmerorganisation der Europäischen Volkspartei (EVP), der europäischen Parteienfamilie, der auch CDU und CSU in Deutschland angehören. Als Sozialpolitiker ist es eines meiner Hauptanliegen, die Basiselemente unserer bewährten Sozialen Marktwirtschaft, die auch Ordnungsprinzip der Europäischen Union ist, zu erhalten und zu stärken. Sozialpartnerschaft, sozialer Dialog und Tarifbindung sind hier die Schlüsselworte für eine Politik in Europa, die Arbeitnehmer schützt und sozialen Fortschritt sichert. Dafür setze ich mich auch in Zukunft ein.

Bild: Julian Kendziora

Und auch die Europawahl 2024 wirft bereits ihre Schatten voraus: Mein CDU-Kreisverband Bochum hat mich am 18. März 2023 bereits einstimmig wieder als Kandidaten für die CDU-Landesliste Nordrhein-Westfalen vorgeschlagen. Bei der Kreismitgliederversammlung war auch mein Bundestagskollege Michael Breilmann aus Recklinghausen mit dabei. Stefan Eisel, einst enger Mitarbeiter von Bundeskanzler Helmut Kohl und ehemaliger Bundestagsabgeordneter, umrahmte die Versammlung mit einigen musikalischen und textlichen Überraschungen. Vielen Dank für das Vertrauen und den Rückenwind für meine bisherige Arbeit als Abgeordneter für unser Ruhrgebiet!

Ich möchte europäische Politik erlebbar und erfahrbar machen. Politik braucht Gesichter und konkrete Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger. So verstehe ich meine Tätigkeit als Europaabgeordneter. Und daher freue ich mich immer über den Besuch zahlreicher Besuchergruppen in Brüssel und auch Straßburg. In den vergangenen Monaten konnte ich wieder zahlreiche Gäste aus der Heimat im Europäischen Parlament in Brüssel empfangen: Mitglieder des CDU-Stadtbezirksverbandes Duisburg-Hamborn, Schülerinnen und Schüler der Hellweg Schule Wattenscheid, Mitglieder des CDU-Kreisverbandes Hagen, Bürgerinnen und Bürger aus Duisburg und Schülerinnen und Schüler der Märkischen Schule Wattenscheid, an der ich mein Abitur gemacht habe. In Straßburg besuchten mich Bürgerinnen und Bürger aus Hagen, die an einer mehrtägigen Reise der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kooperation mit dem Europabüro Hagen teilgenommen haben. Zudem lud ich 50 Bürgerinnen und Bürger aus dem gesamten Ruhrgebiet zu einer  dreitägigen Reise nach Straßburg ein. Neben dem Besuch des Europäischen Parlaments, einem Austausch mit mir und einem gemeinsamen Abendessen, gab es auch ein kulturelles Begleitprogramm. Diese Reise wurde von meinem Europa-Büro organisiert und begleitet. Über die Begegnungen und Gespräche mit den Menschen aus meinem Wahlbezirk habe ich mich jedes Mal wirklich sehr gefreut!

Auch in Zukunft werde ich alles geben und mich mit ganzer Kraft für die Menschen im Revier einsetzen und ihr Ansprechpartner im Europäischen Parlament sein!

## Verbrennerverbot, Sanierungszwang, Fesseln
## für die Industrie: Die Europa-Ampel ist

## beim Klimaschutz auf dem Holzweg

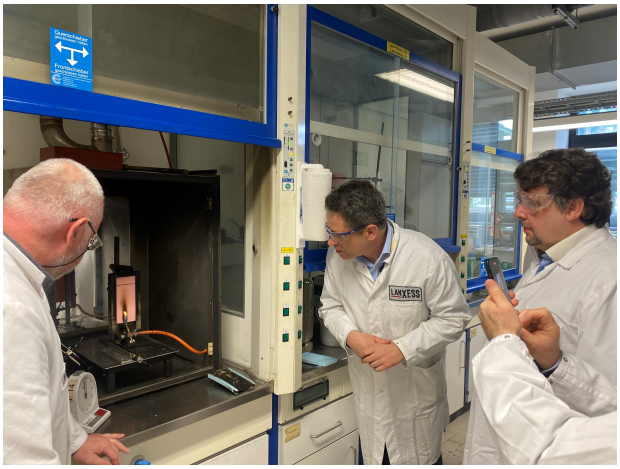
Das Ziel, Europa als ersten Kontinent überhaupt bis 2050 klimaneutral zu machen, ist ambitioniert, aber richtig. Der Kampf gegen den Klimawandel muss in den nächsten Jahren absolute Priorität haben. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist es aber entscheidend, dass die Dekarbonisierung der europäischen Wirtschaft ohne Deindustrialisierung und Arbeitsplatzvernichtung gestaltet wird. Gerade in der aktuellen Mehrfachkrise mit explodierenden Energiepreisen und enormen Versorgungsengpässen sind Fingerspitzengefühl und Augenmaß gefragt. Viele Vorschläge, die in den letzten Wochen im EU-Parlament diskutiert und von der Europa-Ampel aus Sozialdemokraten, Grünen und Liberalen verabschiedet wurden, funktionieren aber eher nach der Methode Vorschlaghammer: Nicht der Klimaschutz steht im Vordergrund, sondern der ideologische Kampf gegen Industrie, Hausbesitzer und Autofahrer.

Nehmen wir nur das technologiefeindliche Verbrennerverbot bis 2035, das das EU-Parlament im Februar 2023 beschlossen hat. Ein vorschneller Ausschluss klimafreundlicher E-Fuels ist nicht nur in Sachen CO2-Bilanz kompletter Irrsinn, es untergräbt auch den Automobilstandort Deutschland und bringt die Konkurrenz aus China und den USA in die Pole Position. Als ich in einer Plenarrede auf den drohenden Verlust hunderttausender gut bezahlter Arbeitsplätze in der Automobil- und Zulieferindustrie hingewiesen habe, hatte der niederländische Sozialdemokrat und Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans aber nur ein verächtliches Lachen für mich übrig. Der jetzt erpresste Last-Minute-Kompromiss zwischen Kommission und Bundesverkehrsministerium zeigt nur eines: Die FDP hat viel zu lange geschlafen. Erst dann den Aufstand zu proben, wenn es faktisch nichts mehr zu reparieren gibt, ist in der Sache wenig hilfreich und wird auch bei den Landtagswahlen nicht helfen.

Die vor drei Wochen vom Parlament abgesegnete Gebäuderichtlinie ist ein anderes Beispiel für den falschen Ansatz der Europa-Ampel. Die Richtlinie sieht vor, dass Häuser bis 2030 mindestens die Effizienzklasse E und bis 2033 mindestens die Effizienzklasse D erreichen müssen. Von diesem Sanierungszwang wären allein in Deutschland voraussichtlich mehr als sechs Millionen Gebäude betroffen. Auch hier wieder die gleiche Vorgehensweise: Alle Bedenken, dass man finanziell schwächere Haushalte mit diesen Vorgaben überfordern könnte, wurden in den Wind geschlagen. Es ist für mich aber schlicht eine soziale Unverschämtheit, die Kosten des Klimaschutzes auf Omas Häuschen abzuwälzen.

Die kürzlich vorgeschlagene Revision der Industrieemissionsrichtlinie ist ebenfalls ein Vorhaben, über das ich nur den Kopf schütteln kann – eine tickende Zeitbombe für die deutsche Industrie. Ich bin ohne Frage dankbar, dass wir in Europa den weltweit strengsten Schutz vor Umweltbelastungen durch Industrieanlagen haben. Aber in der jetzigen Lage mehr Bürokratie und eine Verkomplizierung der Planungsverfahren zu forcieren ist industriepolitischer Wahnsinn und konterkariert zudem den notwendigen ökologischen Umbau. Ich habe zu diesem Dossier gemeinsam mit meinem Fraktionskollegen Jens Gieseke die Koordination innerhalb der CDU/CSU-Gruppe im EU-Parlament

übernommen und werde mich mit aller Kraft für einen industrieverträglichen Kompromiss einsetzen. Aber auch hier zeichnet sich ab: Von Sozialdemokraten, Grünen und vielen Liberalen können Industriearbeiter nicht viel Entgegenkommen erwarten.




Man kann also festhalten: Wenn es um Fragen des Klimaschutzes geht, lautet die Devise der Europa-Ampel „Ideologie statt Arbeitsplatzsicherung“. Getrieben von den schrillen Forderungen einiger Aktivisten gibt es keine Antenne mehr für die soziale Realität. Man müsste sich wahrscheinlich erst irgendwo festkleben, um mit einer Politik für Normalverdiener und Familien durchzudringen. Das alles ist brandgefährlich, denn wenn sich die Bürgerinnen und Bürger von der Politik nicht mehr ernst genommen fühlen, treiben wir sie schlichtweg in die Hände der Populisten.

Mein Vorschlag ist jedenfalls, dass Europa – statt immer nur mit Ordnungsrecht, Verboten und Zwang die Wirtschaft zu verschrecken und den Fortschritt zu behindern – endlich anfängt, massive Anreize zu setzen und Investitionen in den grünen Wandel, in gemeinsame Forschung, Infrastruktur und Schlüsseltechnologien viel stärker als bislang fördert. Ganz nach dem Vorbild der USA, die mit ihrem eigenen Klimaprogramm in dreistelliger Milliardenhöhe in die industriepolitische Offensive gegangen sind. Wirksamer Klimaschutz und eine starke europäische Industrie. Beides ist gleichzeitig möglich.

**Mehr über mich und meine Arbeit!**

**Büro Dennis Radtke, MdEP**
Europäisches Parlament

**Büro Dennis Radtke, MdEP**
Europa-Büro Ruhrgebiet

Rue Wiertz 60
B – 1047 Brüssel
Telefon: +32 2 28-45650
dennis.radtke@europarl.europa.eu
www.cducsu.eu

Lyrenstr. 11 A
D – 44866 Bochum
Telefon: +49 2327 9643 14
buero@dennis-radtke.eu
www.dennis-radtke.eu

**KONTAKTE & TEAM**

Diese E-Mail wurde an {{contact.EMAIL}} gesendet.
Sie haben die E-Mail erhalten, weil Sie sich für den Newsletter angemeldet haben.

Abbestellen